

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(17. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Harald B. Schäfer (Offenburg), Brigitte Adler, Robert Antretter, Hermann Bachmaier, Holger Bartsch, Hans Berger, Rudolf Bindig, Lieselott Blunck, Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Peter Conradi, Klaus Daubertshäuser, Karl Diller, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Carl Ewen, Elke Ferner, Lothar Fischer (Homburg), Norbert Formanski, Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Dr. Fritz Gautier, Günter Graf, Dr. Liesel Hartenstein, Klaus Hasenfratz, Reinhold Hiller (Lübeck), Lothar Ibrügger, Renate Jäger, Ilse Janz, Dr. Ulrich Janzen, Volker Jung (Düsseldorf), Susanne Kastner, Ernst Kastning, Marianne Klappert, Siegrun Klemmer, Walter Kolbow, Rolf Koltzsch, Volkmar Kretkowski, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Hinrich Kuessner, Robert Leidinger, Klaus Lennartz, Dr. Dietmar Matteredne, Heide Mattischeck, Markus Meckel, Ulrike Mehl, Herbert Meißner, Siegmars Mosdorf, Albrecht Müller (Pleisweiler), Jutta Müller (Völklingen), Michael Müller (Düsseldorf), Rudolf Müller (Schweinfurt), Dr. Rolf Niese, Günter Oesinghaus, Jan Oostergetelo, Albert Pfuhl, Rudolf Purps, Manfred Reimann, Dr. Hermann Scheer, Siegfried Scheffler, Otto Schily, Karl-Heinz Schröter, Dietmar Schütz, Ernst Schwanhold, Bodo Seidenthal, Horst Sielaff, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Dr. Dietrich Sperling, Joachim Tappe, Dr. Gerald Thalheim, Günther Tietjen, Ernst Waltemathe, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Axel Wernitz, Lydia Westrich, Inge Wettig-Danielmeier, Dr. Margrit Wetzels, Gudrun Weyel, Hermann Wimmer (Neuötting), Berthold Wittich, Verena Wohlleben, Hanna Wolf, Uta Zapf, Dr. Peter Struck, Dr. Hans-Jochen Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/676 —

Mehr Arbeit durch mehr Umweltschutz in den neuen Bundesländern

A. Problem

Zur Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern, der von der Sanierung der Umwelt und vom Aufbau einer umweltverträglichen und leistungsfähigen Verkehrs-

infrastruktur abhängig sei, werden zusätzliche beschäftigungswirksame Maßnahmen im Umweltbereich gefordert.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags

Die Ausschlußmehrheit sah die insbesondere durch das Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ herbeigeführte Entwicklung im Antrag nicht berücksichtigt; die im Antrag erhobenen Forderungen sind nach Ansicht der Ausschlußmehrheit in weiten Bereichen nicht problemadäquat.

Mehrheitsentscheidung**C. Alternativen**

Annahme des von der Fraktion der SPD vorgelegten Antrages

D. Kosten

Wurden nicht erörtert

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 12/676 abzulehnen.

Bonn, den 16. Oktober 1991

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Wolfgang von Geldern
Vorsitzender

Ulrich Klinkert
Berichtersteller

Reinhard Weis (Stendal)

Dr. Jürgen Starnick

Bericht der Abgeordneten Ulrich Klinkert, Reinhard Weis (Stendal) und Dr. Jürgen Starnick**I.**

Der Antrag auf Drucksache 12/676 wurde in der 32. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. Juni 1991 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft, an den Verteidigungsausschuß, an den Finanzausschuß und an den Ausschuß für Verkehr überwiesen. Der Deutsche Bundestag überwies in seiner 33. Sitzung am 19. Juni 1991 den Antrag (nachträglich) zur Mitberatung an den Haushaltsausschuß.

Der Ausschuß für Verkehr hat am 25. September 1991 die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat am 9. Oktober 1991 den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Verteidigungs- und Finanzausschuß haben am 16. Oktober 1991 mehrheitlich die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung vom 16. Oktober 1991 den Antrag abgelehnt.

II.

Der Antrag stellt eingangs fest, daß nur eine schnelle und effektive Sanierung der Umwelt in den neuen Bundesländern die Ansiedlung neuer Industrien und Gewerbebetriebe in den Regionen beschleunigen kann.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zusätzliche Maßnahmen in den Bereichen „Altlasten“, „rationelle Energieverwendung“, „umweltverträgliche Verkehrsinfrastruktur“ sowie „Naturschutz und ländlicher Raum“ zu ergreifen.

Im Bereich der Altlasten solle unter anderem das Antragsverfahren zur Befreiung von der Haftung für bestehende Altlasten durch ein Anzeigeverfahren ersetzt werden, da sich gezeigt habe, daß das Antragsverfahren nicht geeignet sei, bestehende Investitionshemmnisse zu beseitigen.

Investitionszuschüsse und Abschreibungserleichterungen sollten für Maßnahmen rationeller Energieverwendung in Erwägung gezogen werden. Für den Aufbau einer umweltverträglichen Verkehrsinfrastruktur sei die Vorlage eines integrierten Gesamverkehrskonzepts nötig.

Zusätzliche Bundesmittel seien für Nationalparks und Biosphären-Reservate bereitzustellen; des weiteren seien regionale Entwicklungskonzepte zu fördern.

III.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 16. Oktober 1991 in seiner 15. Sitzung abschließend über den Antrag beraten.

Die Fraktion der SPD erklärte, daß mehr Arbeitsplätze auf dem Gebiet des Umweltschutzes geschaffen werden müßten, um dadurch zukunftssichere beständige Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Die Altlastenfreistellung erfolge nur sehr zögerlich, da die Frage der Finanzierung ungeklärt sei. Gebe es vor Inkrafttreten des Abfallabgabengesetzes keine Finanzierung durch Haushaltsmittel, werde die Freistellung auf Antrag durch die Treuhand nicht wirkungsvoll gehandhabt werden können.

Die Fraktion der SPD kritisierte, daß die vorhandenen Möglichkeiten, Energie umweltverträglich zur Verfügung zu stellen, nicht zielgerichtet gefördert würden. Ihr Antrag fordere hier direkte Hilfen.

Außerdem sollte der öffentliche Personennahverkehr gefördert werden, um die Probleme des Individualverkehrs zu verringern. Der Antrag enthalte ein integriertes Verkehrskonzept, um die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern.

Auch wenn haushaltspolitisch Schwierigkeiten bestünden, zusätzliche Bundesmittel für die Errichtung und Unterhaltung von Nationalparks und Biosphären-Reservaten bereitzustellen, dürfe man nicht außer acht lassen, daß der unwiederbringliche Verlust von Ressourcen drohe.

Die Fraktion der CDU/CSU sprach sich gegen den Antrag aus. Er lasse die insbesondere durch das Gemeinschaftswerk „Aufschwung Ost“ herbeigeführte Entwicklung unberücksichtigt. Auch sei zu kritisieren, daß im Bereich der Altlasten das Antragsverfahren durch ein Anzeigeverfahren ersetzt werden sollte. Zum Teil seien die Altlasten so schwerwiegend, daß ein Antrag gestellt werden müßte, damit notfalls staatliche Eingriffe vorgenommen werden könnten. Ein Verfahren, wie es der Antrag vorsehe, gehe auch in den alten Bundesländern an der Realität vorbei.

Die geforderte drastische Umverteilung von Mitteln für Straßenbau und den öffentlichen Nahverkehr gehe teilweise von falschen Voraussetzungen aus.

Übereinstimmung bestand zwischen allen Fraktionen in der Frage der rationellen Energieverwendung. Sonderabschreibungen für Investitionen zur Energieeinsparung sollten weitergeführt werden.

Die Fraktion der FDP befürchtete, daß durch die Ablösung des Antragsverfahrens jegliche Verantwortung

für die Altlasten entfalle und damit das Verursacherprinzip ausgeschaltet würde. Hinsichtlich des Naturschutzes schlug sie vor, bei einer Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes Nationalparks als Bundessache auszuweisen.

Insgesamt könne die Fraktion der FDP den vorgelegten Antrag nicht unterstützen. Der Antrag zeige zwar Problemfelder auf, doch stellten seine Forderungen kaum Problemlösungen dar.

Die Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürwortete weitere Anstrengungen, um die Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern zu bekämpfen. Hier könnten gerade mit Fördermitteln für arbeitsplatzintensive Maßnahmen Erfolge erzielt werden.

Der Ausschuß lehnte mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen den vorgelegten Antrag auf Drucksache 12/676 ab.

Bonn, den 29. November 1991

Ulrich Klinkert

Reinhard Weis (Stendal)

Dr. Jürgen Starnick

Berichterstatter

